

.....ein großer Wurf !

Einzig die Richtung hat einen Sinn.

Es kommt darauf an, dass du auf etwas zugehst, nicht dass du ankommst.

Antoine de Saint-Exupéry, Ein Lächeln ist das Wesentliche

Auf den Baustellen Schulzentrum Helleweg und Grundschule Jacobistraße haben – nach dem symbolischen Spatenstich am 09.07.08 – die Bauarbeiten begonnen und damit ist die letzte Stufe für eine der umfassendsten Investitionen - die Isernhagen seit langer Zeit erlebt – gezündet. Der große Wurf – er fliegt.

Die Gemeinde nimmt insgesamt mit allen Rahmen- und Nebenkosten rd. EUR 12 Mio. in die Hand um durch den Neubau einer Realschule und einer Hauptschule ihren Teil zur Priorisierung von Bildung und Standortqualität zu erbringen.

Diese Investition –beeindruckend sowohl in Bezug auf den materiellen Umfang wie auf die inhaltliche Ausrichtung – ist für den nicht ständig mit der Materie befassten Leser nur im Gesamtzusammenhang nachvollziehbar und soll daher nachstehend etwas ausführlicher beleuchtet werden.

Rückblende

Zum 01.08.2003 ist ein neues Schulgesetz in Kraft getreten. Die Orientierungsstufen sind ab 01.08.2004 entfallen und die Klassen 5 und 6 sind den weiterführenden Schulen zugeordnet.

Bereits seit April 2003 hat sich ein Arbeitskreis in der Gemeinde mit den sich daraus für Isernhagen ergebenden Konsequenzen befasst. Beteiligt waren die politischen Parteien, die Schulleitungen, die Elternvertreter und natürlich die Verwaltung.

Einhellig war man z.B. der Meinung am Standort des sog. Schulzentrums – und zwar völlig unabhängig von planungsrechtlichen Gegebenheiten - keine große Komplettlösung zu schaffen, sondern auf unterschiedliche Standorte zu setzen.

Die überwiegend einhelligen Meinungen dieses Arbeitskreises hat die Verwaltung dann in eine erste Ratsvorlage verpackt (20/2005 v. 10.02.2005).

Aus der Diskussion dieser Vorlage ergaben sich neue / andere Erkenntnisse, die dann zu einer Ergänzungsvorlage (02.06.2005) führten. Diese Vorlage stand am 07.07.2005 im Rat zur Abstimmung und wurde – gegen die Stimmen der SPD – also mit den Stimmen von CDU, FDP und Bündnis90/Die Grünen genehmigt.

Ich habe seinerzeit für die CDU-Fraktion diese mutige Investition in den Standort Isernhagen u. a. wie folgt begründet:

Leben und Lernen in Isernhagen:

- Wir investieren mutig in den Standort Isernhagen und akzentuieren damit einen Schwerpunkt für die nächsten Jahre.
- Renovierungs- und / oder Sanierungsstau seit vielen Jahren („Sowieso Kosten“)
- Umsetzung inhaltlich nicht zu beeinflussender schulpolitischer Vorgaben der Landesregierung
- Umsetzung vieler in den letzten Monaten erarbeiteten Vorstellungen von Lehrern, Eltern, Politik und Verwaltung
- Mit dieser Investition heben wir uns ab von der Stadt Hannover und anderen Gemeinden in der Region Hannover.
- wer, wenn nicht wir in Isernhagen können in der heutigen Zeit einen derartigen Akzent setzen
- Die strikte Haushaltskonsolidierung der Vergangenheit ist im Hinblick auf den Verwendungszweck der Investition kein Widerspruch
- Leider müssen wir neue Schulden machen aber wir investieren in weitestem Sinne in unser aller Zukunft.

In der Diskussion im Rat wurde aber auch deutlich, dass die baulichen Maßnahmen allein noch keine „herausragende Schule“ sondern – böse formuliert - erstmal nur „eine leere Hülle“ schaffen. Die Gemeinde als Schulträger kann aber im Rahmen der geltenden Aufgabenverteilung exakt nur dies tun. Sie kann gewissermaßen „nur“ den Anreiz für ein hohes Maß an Motivation schaffen. Umsetzen müssen dies die „Nutzer“, also Lehrpersonal, Schülerinnen und Schüler, aber durchaus auch die Eltern als mittelbar betroffene schulischer Leistungen ihrer Kinder.

Der Vollständigkeit halber soll an dieser Stelle auch die Position der SPD angesprochen werden. Mit der Umsetzung der baulichen Maßnahmen bewegt sich die Gemeinde nicht in einem von ihr frei zu gestaltenden Bereich, sondern innerhalb der schulpolitischen Rahmenbedingungen der Landesregierung.

Die SPD dagegen hatte einen mit der derzeitigen politischen Realität in Niedersachsen nicht zu vereinbarenden Grundsatzentwurf vorgelegt, der zwar Ansatzpunkte für philosophische Diskussion bietet, aber

- bei Lehrern, Eltern und Verwaltung nicht mehrheitsfähig war – und ist - sowie
- die schulpolitischen – umzusetzenden - Vorgaben komplett ausblendet und
- damit in der Sache keine relevante Alternative darstellen kann.

Die Landesregierung hat die SPD immer wieder aufgefordert einen Gesetzentwurf zu der von ihr geforderten Einheitsschule vorzulegen. „Bis heute weiß eigentlich niemand genau, wie die SPD-Einheitsschule überhaupt aussehen soll.“, soweit das Zitat von Kultusminister Busemann/CDU.

Im Ergebnis lautete der Beschluss in 2005 – auf einen ganz kurzen Nenner gebracht –

- Neubau einer Realschule am Schulzentrum Helleweg
- Neubau eines Schulgebäude am Jacobibusch bei gleichzeitiger Konzentration der Hauptschule an diesem Standort
- Konzentration der Grundschule am Standort Bernhard Rehkopf Str.

Unmittelbar nach der Beschlussfassung begannen die Überlegungen, wie die Umsetzung anzugehen sei. Ein Projekt dieses Ausmaßes kann schließlich nicht mal eben so nebenbei abgewickelt werden. Realistischer Weise wurde schon damals ein Planungshorizont von rd. 3 Jahren veranschlagt. Eine bittere Pille für die Ungeduldigen, aber keineswegs übertrieben pessimistisch, wie sich rückblickend zeigt.

Es folgte eine intensive Prüfung und Diskussion zu den Themen Abwicklung in Form PPP (Public-Private-Partnership) versus Gründung eines Eigenbetriebes zur Optimierung der bisher dahin üblichen Abarbeitung in den „normalen“ Verwaltungsstrukturen.

Eine vom Rat in Auftrag gegebene Prüfung, ob die Realisierung der Investitionen im Rahmen eines PPP-Projektes wirtschaftlicher durchgeführt werden kann, kam zu dem Ergebnis, dass die zu erwartenden Effizienzvorteile mit rd. 9 % deutlich geringer ausfallen würden, als aufgrund der bis dahin erfolgten Publikationen zu erwarten war.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass mit einer anderen Organisationsform, einer Eigenbetriebsverwaltung, nur für die Verwaltung aller neun Schulen schon ein Wirtschaftlichkeitsvorteil in Höhe von 5 % erreicht werden könnte.

Die Verwaltung hat dies zum Anlass genommen einen Schritt weiter zu gehen und über die Schulen hinaus alle bebauten Immobilien (122 Nutzungseinheiten in 52 Objekten) in eine Eigenbetriebsstruktur einzubringen. (Ratsbeschluss vom 30.03.2006 Vorlage 41/2006)

Die Übernahme der Schulen und die Übernahme der übrigen Gebäude wurde dann in zwei Schritten umgesetzt.

Exkurs Eigenbetrieb:

Ein Eigenbetrieb ist eine Gestaltungsmöglichkeit eines kommunalen Unternehmens. Er ist eine öffentlich-rechtliche Unternehmensform, auf der Grundlage der Niedersächsischen Gemeindeordnung. Ohne eine eigene Rechtspersönlichkeit, gibt es ein ausgegliedertes Sondervermögen mit eigenem Wirtschaftsplan, bestehend aus Erfolgsplan und Vermögensplan, mit eigenem Konto, eigener Leitung, und eigenem Werksausschuss. Ein Eigenbetrieb ist somit organisatorisch und finanzwirtschaftlich aus der Gemeindeverwaltung ausgegliedert. Dennoch werden nach außen die rechtlichen Handlungen des Eigenbetriebes der Gemeinde zugerechnet. Mit dem Eigenbetrieb wird ein eigener Wirtschaftskreislauf außerhalb des Gemeindehaushalts mit einer bewusst schlanken, auf schnelle Entscheidungen ausgelegten Entscheidungsstruktur geschaffen.

Diese Lösung bewirkt auch, dass sämtliche gebäudewirtschaftlichen Leistungen einer größeren finanzwirtschaftlichen Transparenz ausgesetzt werden. Damit steigt auch der Handlungsdruck zu Wirtschaftlichkeitsverbesserungen, wie vor allem die Nutzung von Synergieeffekten durch Aufgaben- und Ressourcenbündelung. Die bis dato innere Verrechnung beauftragter Leistungen wird durch Entgeltzahlungen ersetzt, genauer die Mieten für von der Verwaltung genutzte Gebäude fließen an den Eigenbetrieb.

Ein weiterer Vorteil ist die Verkürzung der Informations- und Entscheidungswege. Im organisatorischen Bereich hat die Einrichtung eines Eigenbetriebes die Übertragung und Konzentration von Verwaltungszuständigkeiten auf die Werksleitung zur Folge. Dies ist insbesondere bei der laufenden Beschaffung, beim Vergabewesen, beim Rechnungswesen und bei der Finanzierung von großer Bedeutung.

Die politische Willensbildung und Steuerung geht von bisher mehreren Fachausschüssen auf einen sog. Werksausschuss über. Damit sind gleichzeitig die Voraussetzungen geschaffen, dass die ständige Erfolgskontrolle und die größere Transparenz zu einem höheren Maß an Eigenverantwortung und Motivation für die im Eigenbetrieb Beschäftigten führen.

Der Rat der Gemeinde Isernhagen hat am 15.03.2007 die Gründung des Eigenbetriebes „Gebäudeservice Isernhagen (GSI) rückwirkend zum 01.01.2007 beschlossen (Vorlage 45/2007).

Gleichzeitig wurde geregelt, die Buchführung des Eigenbetriebes sofort an den Grundsätzen der Doppik zu orientieren

Der Bürgermeister ist Dienstvorgesetzter des Werksleiters und dadurch über alle wichtigen Angelegenheiten des Eigenbetriebes informiert. Der Rat bleibt als politische Vertretung – trotz weit reichender Kompetenzen von Werksleitung und Werksausschuss - das formal wichtigste Entscheidungsorgan.

Mit Übertragung der Gebäude auf den Eigenbetrieb werden natürlich auch die bestehenden anteiligen Schulden übertragen. Das entlastet optisch den originären Gemeindehaushalt.

Andererseits nimmt neue Schulden – so wie jetzt für die Investitionen in die Schulneubauten – der Eigenbetrieb auf. Das könnte den Eindruck eines gewollten „Schattenhaushaltes“ erzeugen. Dem ist nicht so. Zwar werden die Haushalte separat aufgestellt, aufgrund der engen Verflechtung wird eine seriöse Betrachtung aber immer eine konsolidierte Zusammenfassung beinhalten. Darüber hinaus gibt es ohnehin eine rechtliche Verpflichtung genauso zu verfahren.

Aktuelle Situation und Ausblick

Nun hat die Gründung des Eigenbetriebes zwar die Voraussetzungen für die zukünftige Betreuung der Immobilien der Gemeinde geschaffen, die Bewältigung einer derartigen Baumaßnahme von der Ausschreibung über die Vergabe und die Baubetreuung würde dennoch die – knappen – Ressourcen vollständig überfordern. Als Partner wurde daher die Fa. SIKMa gewonnen, die über einschlägige Erfahrungen bei der Abwicklung derartiger Projekte verfügt.

Trotzdem wird ein Bauvorhaben dieser Größenordnung die Mitarbeiter des GSI mind. in den nächsten 2 Jahren vor erhebliche – zusätzliche – Belastungen stellen.

Am 24. Sept. 2007 wurden den Mitgliedern des Werksausschusses und den Vertretern der Schulen die vorliegenden Angebote präsentiert. Das Gremium verständigte sich danach einstimmig darauf, das für die Realschule (Los 1) zwei und für die Hauptschule incl. Sporthalle (Los 2) drei Firmen aufgefordert werden sollten ein zweites indikatives Angebot abzugeben.

Am 07.02. hat dann der Werksausschuss in einer gemeinsamen Sitzung mit dem WFFA die Voraussetzungen für eine endgültige Entscheidung geschaffen, die im Rat am 06.03. getroffen wurde. Auf der Basis dieses Beschlusses kam es noch im März zu einer endgültigen Auftragsvergabe und am 09.07. zum einem symbolischen Spatenstich für beide Baustellen am Schulzentrum am Helleweg. In den Sommerferien rollten dann die Bagger und Kräne an und mittlerweile ist „schon richtig was zu sehen“. **siehe Bildergalerie**

D.h. beide Baugenehmigungen sind auflagenfrei eingegangen und derzeit laufen die Arbeiten zur Erstellung der Grundleitungen. Beide Maßnahmen sind im Bauzeitenplan.

Planmäßiger Baufortschritt unterstellt ist im nächsten Jahr folgendes geplant:

GS bzw. Hauptschule Jakobstraße

25.06.-29.06.2009 Mobilier in Bernhard Rehkopf Straße bringen

02.07.- 30.07.2009 Sanierung des Altbaus durch GU

31.07.-05.08.2009 Einräumen des HS-Mobiliars

01.06.2009 Fertigstellungstermin Neubau

Realschule Helleweg

15.05.2009 Fertigstellungstermin Realschule spätestens

15.06.-25.06.2009 Fachraum- Trakt nicht nutzbar

ab 17.10.2009 Fachraum Trakt wieder nutzbar

Quelle: Gemeindeverwaltung

Eine „offizielle“ Eröffnung ist für den 14. oder 15.08. 2009 vorgesehen.

Konsequenzen

Für die Schulen, (Schulträger, Lehrpersonal, SchülerInnen , Eltern), aber auch für die Gemeinde, speziell den Gemeindehaushalt

Schon während der Planungsphase – und insbesondere je länger diese dauerte – wollten die Stimmen nicht verstummen, die Zweifel an der Richtigkeit der Grundsatzentscheidung anmeldeten. „Unverhältnismäßig viel Geld (neue Schulden) für Baulichkeiten für vermutlich immer weniger Kinder“, vor allem aber die als unverhältnismäßig hoch eingestufte Förderung der „doch eigentlich totgesagten Schulform Hauptschule“ standen dabei im Focus.

Nun ist es ja in der Tat so, dass das dreigliedrige Schulsystem – ehrlich betrachtet in seiner bisherigen Stringenz ja auch nicht völlig unberechtigt - in der Kritik und an vielen Orten auch auf dem Prüfstand steht. Aber gilt das nicht für alle Formen unseres Bildungswesens? Hier wird in der Zukunft nichts mehr so sein wie früher und nichts von Dauer. Gesellschaftliche Dynamik hat auch hier – langsam aber stetig - Einzug gehalten getrieben von der Erkenntnis, dass es viele „Baustellen“ gibt und ein einheitlicher Königsweg nicht zu erkennen ist.

Warum also nicht mit den Pfunden wuchern, die man hat. In Isernhagen gibt es ein in den letzten Jahren sich zunehmend profilierendes Gymnasium und eine Hauptschule, die weit über die Gemeindegrenzen hinaus durch herausragende Bewertungen auf sich aufmerksam macht.

Warum also nicht mit pragmatischer Gelassenheit diese Stärken ausbauen und sich eben nicht von ideologisch geprägten Schulstrukturdebatten lähmen lassen und im Zweifel nichts tun.

Natürlich ist das Thema Gerechtigkeit im Bildungswesen drängender denn je. Losgelöst von jeder Struktur wird es aber unter dem Strich wichtig sein, eine passende Schulform für die unterschiedlichen Anforderungen zu finden. Wie diese dann heißt, ist m. E. absolut zweitrangig. Die heutige - Hauptschule genannte Form - ist dabei mit Sicherheit für einen Teil unserer Kinder - ob mit oder ohne Migrationshintergrund - eine sehr zukunftsweisende Einrichtung. Das schließt ja nicht aus, dass man Elemente aus anderen Schulformen übernimmt oder zusammen erschließt - eben pragmatisch vorgeht.

Das Unbehagen vieler Eltern am deutschen Schulwesen liegt ja vor allem auch in der Einschätzung begründet, dass die Schulen ihren Kindern mit deren besonderen Stärken und Schwächen nicht gerecht werden. Privatschulen erleben einen Boom, weil sie den Eltern das Unbehagen mit einer möglichst individuellen Ausrichtung nehmen. Das staatliche Bildungswesen sollte, muss dies als ständige Herausforderung verstehen.

Nun kann man leider bei diesem Thema „keinen Schalter umlegen“ und alles was „alle“ in diesem Zusammenhang „schon immer“ schrecklich fanden wird schlagartig nicht nur anders, sondern auch besser.

Fragen Sie heute mal nach dem Schlagwort „eigenverantwortliche Schule“. Alle damit befassten - im operativen Schuldienst stehenden - Personen werden die Hände heben und stöhnen. Die Politik - und das ist in diesem Fall die dafür zuständige Landespolitik, also das Kultusministerium, - muss bei allem Reformeifer auch mal zur Kenntnis nehmen, dass die Aufgaben vielfältig und die Ressourcen knapp bzw. gar nicht vorhanden sind.

Es ist an anderer Stelle schon darauf hingewiesen worden, dass die Gemeinde als Schulträger nur ein Fundament, einen Rahmen schaffen kann für das was „Schule“ dann leisten muss. Die Entrümpelung von Lehrplänen, die Bereitstellung von Lehrpersonal um nur zwei Problembereiche anzusprechen ist nicht Sache des Schulträgers, der Gemeinde. Dies ist Landespolitik und diese ist vehement gefordert; auch und zunehmend finanziell. Unser - der Gemeinde - Motto muss sein: man kann nur das tun, was in seiner Macht steht, aber das mit aller Macht.

Stichwort Ganztagschule. Parallel zu den ersten Gesprächen zur Umgestaltung der Schulbauten hat es eine Elternbefragung gegeben. Diese brachte - bei den einzelnen Schultypen unterschiedlich ausgeprägt - insgesamt eine ablehnende Haltung zum Ausdruck. Nun ist die Zeit weitergegangen und es hat an vielen Orten ein Trend zur Ganztagschule eingesetzt. Die CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde ist dafür offen. Im Zuge der Fertigstellung der Neubauten ist für jede Schulform die Einführung einer Ganztagschule neu zu prüfen und dann ggfls. zügig zu beantragen.

Insbesondere vor diesem Hintergrund ist - gewissermaßen optional - bei allen Baumaßnahmen ein Ganztagsbetrieb - z. B. durch eine Mensa - durch einen 2. Bauabschnitt problemlos möglich, weil schon mit eingeplant.

Für die Gemeinde ist die Investition natürlich ein Riesenschluck aus der Geldpulle. Wir sprechen über rd. EUR 12 Mio. Gesamtvolumen. Stark vereinfacht ausgedrückt werden davon 50 % aus der vorhandenen Rücklage genommen und die andere Hälfte durch einen Kredit finanziert. D. h. dafür - aber auch nur dafür - werden neue Schulden gemacht.

Zusätzlich fallen nach Fertigstellung natürlich laufende Kosten an. Überschlägig kann man für eine derartige Investition mit Folgekosten von rd. EUR 1 Mio. p. a. rechnen. Hier schlagen neben dem Zins- und Tilgungsdienst, die laufenden Aufwendungen, die Abschreibungen etc. zu Buche. Im Gegensatz zur bislang üblichen kameralen Haushaltsführung wird im Rahmen der sog. Doppik zukünftig der tatsächliche Aufwand zeitnah abgebildet, d.h. kaufmännisch - richtig - dargestellt

Für den Verwaltungshaushalt der Gemeinde sind das erhebliche, neue - zusätzliche - Anforderungen, die durch höhere Einnahmen oder Einsparungen zwangsläufig gegenfinanziert werden müssen.

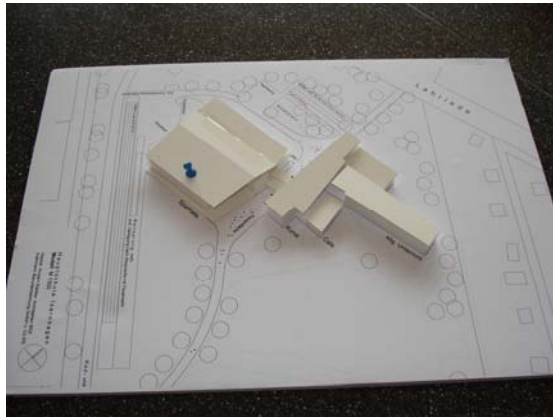
Zusammenfassung

- unsere Schulen oder präziser formuliert die derzeit gestaltenden Personen an unseren Schulen haben es verdient, das wir in sie, in ihre Arbeitsumgebung investieren. Sie haben es verdient, dass wir den Rahmen schaffen für eine weitere Optimierung ihrer Arbeit.
- Durch unsere Investitionsentscheidung haben wir die Grundlage für eine weitere und noch stärkere positive Entwicklung geschaffen und dies ist auch eine/unsere Erwartungshaltung
- Investition in Schule ist damit im weitesten Sinn Investition in Zukunft.
- Es war und ist eine mutige Entscheidung aber kein Vabanque Spiel
 - Wir hätten uns natürlich auch zurücklehnen und lamentieren können: wir hätten dafür kein Geld und überhaupt wäre das mit der zukünftigen Schulpolitik ja auch alles noch nicht ausgegoren und schließlich könne man auch keinen zwingen usw.
 - Das wäre allerdings keine zukunftsorientierte Politik – auch keine gute Kommunalpolitik. Wir sind sicher gewählt zu sein, mit Augenmaß – aber auch mit Visionen - zu gestalten – nicht nur zu verwalten.
- Also bekennen wir uns selbstbewusst und zukunftsorientiert zu unserer Gemeinde, zu den heutigen und zukünftigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, zu attraktiven Lebens- und Lernbedingungen für uns alle in Isernhagen.

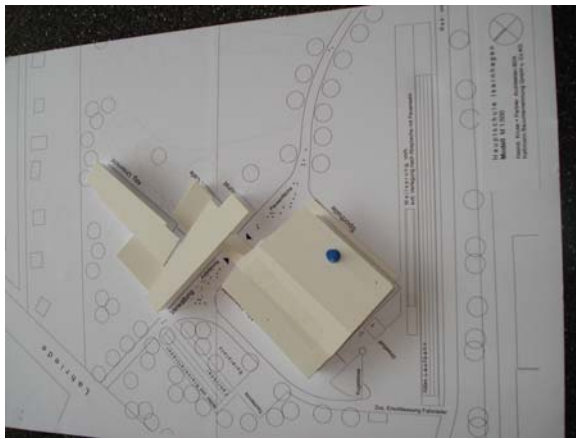
**Wer Geld, aber keine Kinder hat, ist nicht wirklich reich;
wer Kinder hat, aber kein Geld ist nicht wirklich arm –
und vor der Zukunft muss ihm nicht bange sein.
Zukunft ? Richtig, das ist immer das, was man draus macht.**

Bildergalerie

Modell der neuen Hauptschule an der Jacobistraße



vom Modell



über den Kran

zum Baufortschritt



Stand 04. Sept. 2008

Standort Helleweg = Neubau einer Realschule

.....und auch hier wird gebaut:



Stand 04.09.08